Solidarisierungsschreiben bezüglich der Anzeigen gegen Aktivist:innen bei der Besetzung des ehemaligen Havelbuchshop-Gebäudes am Neuen Palais

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 17.11.2020 wurde auf dem Campus Neues Palais das Gebäude des ehemaligen Buchladens Havelbuchshop von studentischen Aktivist:innen besetzt.

Die derzeitige Planung für die Nutzung des kleinsten Gebäudes auf dem Campus sieht trotz einer studentischen Initiative und einer Petition für die Nutzung des gesamten Gebäudes als studentisch selbstverwalteter Freiraum vor, dass nur der kleinste von drei vorhandenen Räumen als solcher zur Verfügung gestellt wird. In die beiden anderen Räume sollen der Unishop und ein Coworking Space einziehen. Während für die beiden letztgenannten Projekte auf dem Campus bereits Räumlichkeiten vorhanden sind, mangelt es an einem Freiraum am Universitätsstandort Neues Palais seit Jahren dringend, ohne dass ein Konzept zur Schaffung eines solchen besteht.

Da bereits alle anderen Verhandlungs- und Forderungsmöglichkeiten nach einem studentischen Freiraum von angemessener Größe in den letzten Jahren ausgeschöpft worden sind und die Universitätsleitung in Gesprächen nicht willens war, studentischen Forderungen entgegenzukommen, sahen sich die studentischen Aktivist:innen zur Besetzung als letzte politische Handlungsoption zur Anhörung und Durchsetzung ihres Anliegens gezwungen.

Auf dieser Basis Anzeige zu erstatten, finden wir als Unterstützer:innen eine vollkommen überzogene Reaktion auf die aktivistische Verdeutlichung studentischer und campuspolitischer Notwendigkeiten, die seit Jahren ignoriert werden. In Augenschein der Situation bezüglich des studentischen Freiraums bis zum und am 17.11.20 zieht es die Universitätsleitung anscheinend vor, direkt polizeilich gegen die eigenen Studierenden vorzugehen, anstatt zum Zeitpunkt der Besetzung die Möglichkeit wahrzunehmen, ein lösungs- und dialogorientiertes Gespräch mit den Besetzer:innen zu suchen.

Im Lichte dieser Geschehnisse solidarisieren wir uns mit den Besetzer:innen in ihrem Einsatz für studentisch selbstverwaltete Räume und Projekte und sprechen uns hiermit für die Rücknahme der Strafanzeigen aus.

Dies schließt als weitere Forderung vonseiten der Aktivist:innen und der Unterstützer:innen dieses Schreibens die Aufnahme von Neuverhandlungen über den Freiraum ein.

gez. XXIV. AStA der Universität Potsdam

 …

 …

 …